

**Rede von Bürgermeister David Rendel
zur Einbringung des Entwurfs der doppischen Haushaltssatzung
und den zugehörigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2024**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Jahr kann sehr viel passieren und in der Welt – aber auch in Raunheim – ist im vergangenen Jahr sehr viel passiert.

Wir wurden ungewollt Zeugen, wie es sich anfühlt, wenn Krieg, Leid und Zerstörung viel zu nahe an unser gewohntes, friedliches Leben heranrücken. Wir erlebten, wie unsere sichergeglaubte Versorgung mit existentiellen Gütern und die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land sich allzu schnell und scheinbar unaufhaltsam in Unsicherheit und massive Inflation wandeln können.

Die Krisen in der Welt scheinen sich derzeit exponentiell schnell auszubreiten. Wirtschaftliche Unsicherheit und die Angst vor einer unsicheren Zukunft trieben die Menschen schon immer in die stets fangbereiten Arme von Menschen oder Gruppen mit extremem und fanatischem Gedankengut. Das ist nicht nur in der Geschichte unseres Landes so geschehen, sondern es geschieht gerade jetzt weltweit – und auch hier in Raunheim.

Mit großer Sorge betrachte ich die Ergebnisse der Landtagswahl und den Zulauf, den eine Partei mit extremistischen Programminhalten gerade hier in Raunheim erhalten hat. Diese Stadt, die eine Heimat für Menschen mit Wurzeln aus aller Welt ist, sollte sich mit jeglicher Kraft und in politischer Einigkeit dieser Entwicklung entgegenstellen.

Seit meinem Amtsantritt kämpfe ich dafür, Vorwürfe, die seitens einzelner Fraktionen unseres Parlamentes und aus der Öffentlichkeit gegen Amts- und Mandatsträger und gegen Angestellte der Verwaltung erhoben werden, mit aller Entschlossenheit und in Zusammenarbeit mit allen Behörden aufzuklären.

Mich entsetzt, mit welcher unverhältnismäßigen Schärfe und mit welchem Hass hier in den Sozialen Medien, aber auch seitens einzelner Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gezielt und scheinbar ohne moralische Grenzen gegen Angestellte und Verantwortungsträger vorgegangen wird und das teils ohne jegliche inhaltlichen Beweise.

Ich trete entschlossen dafür ein, dass Vorwürfe aufgeklärt werden, und ich stehe auch dafür ein, dass über Feststellungen dann auch zu urteilen ist.

Es gibt aber kein Unrecht, das durch Unrecht aufgeklärt werden kann. Unser Rechtsstaat basiert auf diesem unumstößlichen Fundament.

Daher bin ich zutiefst besorgt, wenn mit Mehrheitsbeschlüssen im Stadtparlament trotz besseren Wissens und rechtlichen Erläuterungen Maßnahmen gegen Angestellte beschlossen werden, die ich als Bürgermeister aufgrund ihrer Rechtswidrigkeit zurückweisen muss.

Ebenso ist es nicht hinnehmbar, wenn das Recht auf den Schutz von persönlichen Daten gerade von den Personen vergessen wird, die für die Grundwerte unserer Demokratie einstehen sollten oder dafür vereidigt worden sind.

Sie können sich jetzt fragen: Was soll diese Einleitung zu einer Haushaltsrede? Soll das eine politische Abrechnung sein? Und ich antworte Ihnen: Nein, gerade das soll es nicht sein.

Ich habe mich in der Politik engagiert und bin letztlich in dieser Stadt Bürgermeister geworden, um das Beste für diese Stadt und unsere Stadtgesellschaft zu erreichen. Ich muss aber leider feststellen, dass dieses Ziel offensichtlich nicht mehr alle im Blick haben, die aktuell – aber auch früher – für diese Stadt politische und persönliche Verantwortung übernommen haben.

Unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Aufklärungswillens wird derzeit gegen diese Stadt und alle diejenigen in den Sozialen Medien gehetzt, die unsere Stadt in den letzten Jahren nach vorne gebracht haben oder gerade dabei sind, sie nach vorne zu bringen. Beabsichtigt oder zumindest billigend wird dabei die Zerstörung der personellen und wirtschaftlichen Basis unserer Stadt in Kauf genommen. Falls Ihnen die Vorgehensweise bekannt vorkommt, dann können Sie sich gerne zur Erinnerung die Veröffentlichungen der blauen Partei in den Sozialen Medien anschauen.

Ich sehe es als meine Pflicht an, mich dem entgegenzustellen und die gänzliche Zerstörung der wirtschaftlichen Fundamente unserer Stadt zu verhindern.

Im Jahr seit der letzten Einbringung unseres Haushaltes haben wir unseren Ehrenbürgermeister Thomas Jühe verloren. Seiner Weitsicht und seinem Mut verdanken wir nicht nur die positive städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Stadt, sondern auch die Abwendung der schlimmsten Folgen, die sich aus den stetigen Erhöhungen der Flugbewegungen über unserer Stadt hätten ergeben können. Er hatte über 20 Jahre das Wohlergehen und die Zukunft für die Stadt Raunheim und unsere Stadtgesellschaft fest im Blick.

Heute bin ich es, der gemäß § 97 der Hessischen Gemeindeordnung den Entwurf der Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2024 einbringt.

Wenn man – wie ich im April dieses Jahres – die Verantwortung für eine Stadt in neuer Position übernommen hat, dann wünscht man sich einfachere politische, personelle und gesellschaftliche Verhältnisse, als diese derzeit gegeben sind. Dennoch konnte ich mich auf die stabile wirtschaftliche Basis und die zugrunde gelegte Strategie, die Thomas Jühe uns allen hinterlassen hat, fest verlassen.

Die Basis des vorgelegten Planwerkes ist daher ein „Weiter so!“ – und zwar mit gutem Grund:

Wir haben die Auswirkungen der Bankenkrise, der Finanzkrise und der Corona-Pandemie ohne Einschränkungen in den Leistungen für unsere Stadtgesellschaft überstanden. Mehr noch: Während andere nichts mehr getan haben, haben wir investiert und diese Stadt fit für die Zukunft gemacht. Wir haben in unserer Stadt mehr als 700 Erwachsene, Jugendliche und Kinder aus der Ukraine aufgenommen und trotzdem unser Bildungs- und Förderangebot für alle Menschen in unserer Stadt ausgebaut.

Den Folgen der steigenden Energiekosten sind wir als erste Stadt durch ein nachhaltiges und zukunftsweisendes Konzept begegnet, das in den nächsten Jahren die Basis für unsere kommunale Wärmeplanung und die Wärmeversorgung zahlreicher Generationen in unserer Stadt werden wird.

Dass wir heute in der Lage sind, die steigenden Umlagen des Kreises und des Landes zu zahlen und trotzdem die Finanzierung von Vereinen und freiwilligen Leistungen aufrecht zu erhalten, verdanken wir größtenteils der Entwicklung unserer gewerblichen Flächen und den daraus resultierenden Gewinnen.

Raunheim wird auch in der Zukunft von seinen Erträgen aus der Gewerbesteuer leben können, wenn wir die Grundlage unserer Erträge nicht selbst zerstören.

Im Jahr 2012 lag der Ertrag der Gewerbesteuer bei rund 4,6 Millionen Euro. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einer Steigerung auf rund 22,5 Millionen Euro. Und aufgrund der bestehenden Potentiale haben wir auch immer noch die Chance auf weiter wachsende Einnahmen in der Zukunft. Über diese letzten 10 Jahre hat sich die Stadt ein Image in der Metropolregion aufgebaut, das Unternehmen dazu bewog, nach Raunheim zu ziehen und andere zu der Entscheidung brachte, in Raunheim zu bleiben. Die Neuausrichtung dieses Images geschah nicht zufällig, sondern wurde bewusst gesteuert und vollzogen.

Im besten Fall völlig unbewusst nehmen im Moment einige Wenige aufgrund eines vermeintlichen politischen Vorteils die Zerstörung dieses Images billigend in Kauf. Die Folgen werden für diese Stadt und die Stadtgesellschaft gravierend und einschneidend sein.

Die Basis für die wirtschaftlich positive Entwicklung unserer Stadt ist uns gegeben, wir müssen sie nur achten und nutzen. Unsere Herausforderung wird es sein, diese Stadt im Bereich einer klimaneutralen Energieversorgung, einer intelligenten und vernetzten Stadttechnik, der Bildung und Förderung aller Menschen, der Fortentwicklung gemeinsamer Kultur- und Wertevorstellungen, dem Ausbau von nachhaltigen Grün- und Waldflächen und der Umstellung auf eine Mobilität der Zukunft weiter fortzuentwickeln.

Der Haushalt, den ich Ihnen heute vorlege, schreibt daher die bisher erfolgreiche Strategie fort und weist folgende Planzahlen auf:

Einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.552.209 Euro.

Ein ausgeglichener Haushalt gelingt in dieser Zeit nicht jedem. In Raunheim ist er das Ergebnis eines positiven Zusammenwirkens des Kernhaushaltes und seiner beiden Sondervermögen, dem Eigenbetrieb Stadtentwicklung und dem Eigenbetrieb Stadtwerke. Um auch weiterhin auf eine Erhöhung von Steuern verzichten zu können, wird davon ausgegangen, dass das Programm zur strategischen Flächenentwicklung wieder erfolgreich aufgenommen werden kann. Hier sollen in jedem Jahr mindestens zwei Millionen Euro als erwirtschafteter Gewinn dem Haushalt und damit dem Erhalt der vielen freiwilligen Leistungen zu Gute kommen.

Über den Eigenbetrieb Stadtwerke wird ein ausgeglichenes Ergebnis und eine Reduzierung des Zuschussbedarfs in den kommenden Jahren erwartet. Eine Neustrukturierung in der Leitung ist für das Jahr 2024 für beide Betriebe vorgesehen und wirtschaftlich einkalkuliert. Mit Blick auf die für den Haushalt wichtigen, hohen und konstanten Gewinne der letzten Jahre müssen wir hoffen, dass wir Fachkräfte finden, die diesen Aufgaben gerecht werden und erfolgreich sind.

Wie auch im letzten Jahr müssen wir das Finanzsicherungskonzept nicht neu aufstellen und auch keine freiwilligen Ausgaben kürzen. Wir müssen aber mit Blick auf die wachsenden Ausgaben im Bereich der Personalkosten, der Sach- und Dienstleistungen und nicht zuletzt auch der exorbitant wachsenden Kreisumlage, unsere allgemeinen Ausgaben immer und dauerhaft niedrig halten.

Im kommenden Jahr ist mit Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 15.167.563 Euro zu rechnen, was einer Steigerung zum Vorjahr von 9,8 % entspricht. Aus den ordentlichen Erträgen in einer Höhe von 53.033.917 € fließen 28,4 %, das sind 15.059.348 €, direkt an den Kreis Groß-Gerau ab. Dem gegenüber erhält die Stadt Schlüsselzuweisungen im Jahr 2024 in einer Höhe von 5.071.310 €.

Auch bei den Personalkosten setzt die Stadt Raunheim zunächst die bisherige Strategie konsequent fort und nutzt vorhandenes, gut qualifiziertes Personal, um zusätzliche wichtige Aufgaben und Funktionen zu übernehmen. Perspektivisch wird – im Rahmen des wirtschaftlich und über den Arbeitsmarkt Möglichen – zusätzliches leitendes Personal akquiriert und so das vorhandene Personal entlastet.

Die Änderung der derzeitigen Personalstrategie wird perspektivisch zu Mehrkosten im siebenstelligen Bereich führen, was derzeit über den Haushalt nicht leistbar wäre.

Dem gegenüber stehen aktuell deutlich geringere Kosten für Personalzulagen im mittleren fünfstelligen Bereich, die bis zur vollständigen Umsetzung dieses Konzeptes wirtschaftlich fortgeführt werden.

Nachfolgend die wichtigsten Zahlen aus dem vorliegenden Planwerk:

- Gesamtbetrag der Ordentliche Erträge: 55.102.845 Euro
- Gesamtbetrag der Ordentliche Aufwendungen: 51.550.636 Euro
- Überschuss im Ergebnishaushalt: 3.552.209 Euro
- Geplante Investitionen: 4.588.050 Euro

- Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden im Haushaltsjahr 2024 nicht veranschlagt.
- Tilgung von Darlehen erfolgen in Höhe von 1.481.454 Euro.
- Geplantes Kreditvolumen zur Sicherstellung der Liquidität: 5.000.000 Euro

In den vergangenen Monaten wurde viel über die Verbindlichkeiten der Stadt Raunheim diskutiert, teils wurden falsche oder veraltete Statistiken veröffentlicht, oder eigentlich Bekanntes wurde bewusst verschwiegen. Oft stand die Frage im Raum, warum die Stadt Raunheim das Wort „Verbindlichkeiten“ nutzt.

„Verbindlichkeiten“ ist ein Synonym für „Schulden“. Im Bereich der Bilanz spricht man von Verbindlichkeiten, da sich Schulden sprachlich eher auf die geschuldete Erbringung von Leistungen beziehen. Im Geldverkehr von Unternehmen wird daher „Verbindlichkeiten“ genutzt. Schulden oder Verbindlichkeiten belasten unseren städtischen Haushalt, da wir dafür Zinsen zahlen müssen. Wir haben sinnvollerweise in Zeiten investiert, in denen die Zinsen bei unter einem Prozent lagen. Diese Kredite haben noch längere Laufzeiten, aber bei der Prolongation, also der Neuvergabe von Krediten, drohen auch der Stadt Raunheim höhere Zinsen. Daher planen unsere Sondervermögen grundsätzlich bereits die Aufwendungen für Zinsen mit einem mittleren Zinsrisiko von vier Prozent für die kommenden Jahre ein.

Die Stadt und ihre Sondervermögen dürfen ausschließlich Geld für Investitionen aufnehmen, das bedeutet, in den Aufbau von Anlagevermögen. Aufwendungen wie bspw. die Straßenreinigung oder auch die Personalkosten, dürfen nicht durch Kredite finanziert werden. Bei den Investitionen gilt es für uns daher immer zu unterscheiden, ob eine Investition rentabel ist, wie bspw. der Ankauf von Grundstücken, der Ausbau des Glasfasernetzes oder auch der Ankauf unseres Strom- und Gasnetzes.

Diese Anlagen steigen für gewöhnlich mit der Zeit im Wert und können auch wieder verkauft werden. Investitionen in neue Kindertagesstätten, die neue Feuerwehr oder auch der Rathausneubau bringen auch langfristig keine Gewinne, sind aber unerlässlich für das Funktionieren unserer Stadt. Investitionen in Infrastruktur wie bspw. die neue Schrägseilbrücke, tragen über mittelbare finanzielle Effekte wie der Steigerung von Steuereinnahmen, Grundsteuern, etc. zur eigenen Refinanzierung bei.

Die Verbindlichkeiten zum Jahresende 2024 werden für alle Betriebe bei ca. 120 Mio. € liegen. Hiervon liegt ein Anteil von ca. 30 Mio. € bei ertragsreichen Anlagevermögen, die veräußerbar sind. Ca. 60 Mio. € sind in Anlagen gebunden, die die Stadt zur Aufrechterhaltung ihrer Aufgaben benötigt, wie bspw. die Kindertagesstätten, das Gebäude der Feuerwehr, deren Fahrzeuge oder auch das Rathausgebäude mit dem Bürgersaal.

Die restlichen Investitionen wurden in den Ausbau der Infrastruktur, also Wasser, Abwasser, Brücken und Straßen, Plätze und Grünanlagen investiert. Diese prägen unser Stadtbild und unser Stadtimage und tragen zu einer mittelbaren Steigerung der Einnahmen der Stadt bei.

Die Stadt verfügt schon immer über einen Plan, die laufenden Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Dabei wurde die Planung immer so ausgelegt, dass die Tilgung größtenteils innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren erfolgte. Diese Planungen werden angepasst, wenn finanzielle Mittel erforderlich sind, um die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes zu sichern. Um das Zinsänderungsrisiko für die Stadt und ihre Betriebe gering zu halten, ist es aber sinnvoll, die Rückzahlung nicht durchweg zu verschieben, soweit die Leistungsfähigkeit des Haushaltes dadurch nicht gefährdet wird.

Ich erinnere mich an eine Zeit, in der die großen und wichtigen Projekte und Entscheidungen größtenteils mit den Stimmen aller Fraktionen des Stadtparlamentes beschlossen worden sind. Trotz teils unterschiedlicher politischer Positionen und teils auch abweichenden Meinungen zu Details, haben wir die Ziele für unsere Stadt gemeinsam immer im Blick behalten.

Den Grundstein des ausgeglichenen Haushaltes, den ich Ihnen heute vorlegen darf, haben wir also gemeinsam gelegt und es ist wichtig, dass wir zu diesem zielorientierten politischen Diskurs zurückfinden.

Ich rufe Sie also dazu auf, gemeinsam mit mir gegen die Kräfte anzutreten, denen es nicht um neutrale Aufklärung geht, sondern darum, das Vertrauen in die kommunale Politik zu schwächen, die Leistungen unserer Verwaltung herabzuwürdigen, das Ansehen von Menschen zu diskreditieren und die gemeinsam aufgebauten Fundamente unserer Stadt zu zerstören.

Ich freue mich in diesem Sinne auf konstruktive, zielorientierte und vertrauensvolle Beratungen.